



Stadt Zofingen

Protokoll des Einwohnerrates

Amtsperiode 2006/09

3. Sitzung

Montag, 15. Mai 2006

17.30 – 21.00 Uhr im Stadtsaal

Vorsitz

Bruno Hostettler, Ratspräsident

Protokollführer

Thomas Gloor, Stadtschreiber II

Anwesend

39 Mitglieder des Einwohnerrates

7 Mitglieder des Stadtrates

- Rolf Degen, Bauverwalter
- Arthur Senn, Stadtschreiber I
- René Küng, Finanzverwalter
- Andreas Fuchs, Präsident Schulpflege

Entschuldigungen

Yolanda Senn Ammann, Einwohnerrätin

| <u>Traktanden</u> | <u>Seite</u> |
|---|---------------------|
| 1. Mitteilungen | 34 |
| 2. Einbürgerungen | |
| GK 40 10 Einbürgerungsgesuche | 34 |
| - | |
| GK 49 | |
| 3. Reglemente | |
| GK 50 Revision des Reglementes über die Musikschule | 35 |
| 4. Kreditbewilligungen | |
| GK 51 Projekt und Kredit für den Teilausbau der K 104 Luzernerstrasse mit Radstreifen | 41 |
| 5. Parlamentarische Vorstösse | |
| GK 13 Motion Philipp Hangartner (SVP) vom 8. September 2005 betr. Parkieren in Zofingen (Begründung und Beantwortung) | 42 |
| GK 17 Motion Yolanda Senn Ammann (SP) und Hansruedi Schlatter (DYM) sowie Mitunterzeichner/innen vom 10. Oktober 2005 betr. Tempo 30 in den Zofinger Wohnquartieren (Begründung und Beantwortung) | 43 |
| GK 18 Motion der Dynamischen Mitte vom 15. November 2005 betr. Änderung der Gemeindeordnung [Wahlmodus Stadtratswahlen] (Begründung und Beantwortung) | 45 |
| GK 19 Interpellation von Jolanda Henzmann/Rolf Moor (FDP) vom 18. November 2005 betr. Sport muss in Zofingen Zukunft haben (Begründung und Beantwortung) | 45 |

6. Umfrage 47
Begrüssung

Hr. Bruno Hostettler, Ratspräsident, begrüsst die anwesenden Mitglieder des Einwohnerrates, des Stadtrates, die Bereichsleiter, die Pressevertreter sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne zur dritten Sitzung der Legislaturperiode 2006/09.

Mitteilungen

Der Vorsitzende gratuliert dem Einwohnerrat Markus Gfeller und seiner Gattin zur Geburt ihrer Tochter Bianca.

Der Geschäftsbericht 2005 wurde allen Einwohnerräten/innen verteilt.

Ebenfalls haben alle eine Einladung zum musikalischen Frühsommerbrunch im Seniorenzentrum Rosenberg und Tanner erhalten.

Am Sonntag, 21. Mai 2006 findet in Zofingen ein internationaler Museumstag statt. Das Museum wird vom 10.00 Uhr bis 18.00 Uhr geöffnet sein.

Nachdem gegen das Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 27. März 2006 innert der gesetzlichen Frist keine Einwände eingegangen sind, wird dieses unter bester Verdankung an den Ratssekretär genehmigt.

Neueingänge

Folgende parlamentarische Vorstösse sind neu eingegangen:

- Interpellation der SP-Fraktion betreffend Textiles Werken an der Unterstufe.
- Motion von Philipp Hangartner, SVP, betreffend Nutzung des Einsparungs-Potentials durch die neue Informatik-Lösung.
- Motion der SVP-Fraktion betreffend Strategischer Wechsel vom „Abwärtskonzept“ zum Betriebskonzept mit Hauswarten in öffentlichen Gebäuden (Schulen, Kindergarten, Turnhallen).
- Interpellation der FDP-Fraktion betreffend Kreisel Luzernerstrasse.

Die Vorstösse werden an einer der kommenden Sitzungen behandelt.

Art. 17

Einbürgerungen

GK 40 bis GK 49

Fr. Patricia Misteli, Referentin der FGPK, hält fest, dass 17 Einbürgerungsgesuche durch die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission geprüft wurden. Es befinden sich dieses Mal viele Jugendliche unter den Gesuchstellern. Diese Jugendlichen sind meistens in der Schweiz geboren und haben die Schulen hier absolviert. Sie sprechen fließend Deutsch und empfinden die Schweiz als ihre Heimat, haben keinen Bezug zu ihrem Heimatland. Sie möchten in diesem Land, in dem sie sich heimisch fühlen, also in der Schweiz, ihre Rechte und Pflichten wahrnehmen.

Die FGPK stimmte allen vorliegenden Einbürgerungsgesuchen einstimmig ohne Enthaltung zu und empfiehlt dem Einwohnerrat, dasselbe zu tun.

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, unterstützt die Ausführungen von Frau Misteli.

Nachdem keine weitere Diskussion zu den Einbürgerungsgesuchen gewünscht wird, lässt der Vorsitzende über die stadträtlichen Anträge abstimmen. Die anwesenden Gesuchsteller/Innen werden gebeten, den Saal vor der Abstimmung zu verlassen.

GK 40

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 38 : 0 Stimmen zugestimmt.

GK 41

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 38 : 0 Stimmen zugestimmt.

GK 42

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 38 : 0 Stimmen zugestimmt.

GK 43

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 38 : 0 Stimmen zugestimmt.

GK 44

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 38 : 0 Stimmen zugestimmt.

GK 45

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 38 : 0 Stimmen zugestimmt.

GK 46

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 38 : 0 Stimmen zugestimmt.

GK 47

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 38 : 0 Stimmen zugestimmt.

GK 48

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 38 : 0 Stimmen zugestimmt.

GK 49

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 36 : 0 Stimmen zugestimmt.

Der Vorsitzende gratuliert den Gesuchstellern zu ihrem guten Resultat und wünscht ihnen alles Gute.

Art. 18

GK 50

Revision des Reglementes über die Musikschule

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass bei rein redaktionellen Bereinigungen gut zu überlegen ist, ob ein Antrag gestellt werden soll. Eine redaktionelle Bereinigung wird durch die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission im Beisein von Arthur Senn, Stadtschreiber I, unumgänglich sein.

Hr. Peter Wullschleger, Referent FGPK, erklärt, dass im Zentrum der Diskussionen die Kostenbeteiligung der Eltern stand. Stadtrat und Schulpflege streben eine 50prozentige Deckung der Kosten durch die Eltern an, wie bisher auch. Die Mehrheit der FGPK spricht sich jedoch für eine Kostenbeteiligung von 40 % seitens der Eltern aus, damit die Hürde, die Kinder in den Musikschulunterricht zu schicken, tiefer ist. Die Minderheit der Kommission, welche sich für eine 50/50 Prozent Lösung ausspricht, beurteilt die finanzielle Einbusse für die Stadt Zofingen als zu hoch.

Er verweist auf die weiteren Anträge der Kommission, insbesondere die Förderung von besonders begabten Schüler/innen oder die Beibehaltung des Solfège-Unterrichtes. Alle Anträge der FGPK sind aus der Synopse des Reglementes zu ersehen.

Die FGPK sprach sich mit 5 : 4 Stimmen für die Revision des Reglementes über die Musikschule mit den beschlossenen Änderungs- und Ergänzungsanträgen aus.

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, erläutert, dass das Reglement über die Musikschule 19 Jahre alt ist. Das Reglement stimmt nicht mehr mit den aktuellen Gegebenheiten überein. Der Kanton hat die Finanzierung der Musikgrundschule übernommen. Ebenfalls bestehen verschiedene Anstellungsbedingungen bei den Lehrkräften. Mit dieser Teilrevision möchte man eine Vereinfachung, Vereinheitlichung sowie eine Qualitätssicherung. Die Kosten sollen für beide Parteien, Stadt Zofingen und Eltern, tragbar sein. Es ist dem Stadtrat ein grosses Anlie-

gen, dass alle Kinder, welche den Musikschulunterricht besuchen möchten, dies auch tun können.

Stellungnahme des Stadtrates zu den einzelnen Änderungs- und Ergänzungsanträgen der FGPK

§ 1 Abs. 3

Der Stadtrat befürwortet diese Änderung.

§ 7 Abs. 1

Der Stadtrat befürwortet diese Änderung. Jedoch ist dieser Vermerk im Reglement nicht nötig, da diese Leistungen auch kostenpflichtig sind.

§ 7 Abs. 3

Der Stadtrat und die Schulpflege lehnen diesen Ergänzungsantrag ab, da der Solfège-Unterricht im Unterrichtsstoff der Musikgrundschule enthalten ist. Die Musikgrundschule ist neu für die Schüler/innen der 1. und 2. Klasse obligatorisch.

§ 12 Abs. 1

Der Stadtrat spricht sich für den Zusatz, dass die Schulpflege eine Tarifordnung erlässt, aus.

Der Stadtrat lehnt jedoch den Änderungsantrag zur Senkung des Kostenbeitrages der Eltern auf 40 % mit aller Vehemenz ab. Richtiges Ziel – falsche Wirkung! Der Stadtrat und das Kader der Verwaltung haben sich in den letzten Wochen intensiv mit der wirkungsorientierten Steuerung der kommunalen Aufgaben befasst. Der FGPK-Antrag auf Änderung des Finanzungsverhältnisses bei den Musikschulbeiträgen wäre ein gutes Übungsbeispiel gewesen. Eben so, wie man es nicht machen soll. Die Frage ist: Was will man erreichen? Und was kommt heraus? Das Ziel, dass der Besuch der Musikschule nicht nur den Kindern aus finanziell besser gestellten Familien offen stehen sollte, erachtet auch der Stadtrat als richtig. Diese Wirkung wird aber mit der vorgesehenen Änderung keineswegs erreicht. Im Gegenteil, so praktizieren wir das Prinzip „Giesskanne“ und unterstützen vermehrt Eltern, die einen Musikschulunterricht ihrer Kinder bestens finanzieren können.

Ein besserer Weg wird an der Zofinger Musikschule bereits praktiziert: Mit Schnuppertagen – der letzte fand vor wenigen Tagen statt – für potentielle Musikschülerinnen und -schüler sowie einer tiefschweligen und einfachen Handhabung der Vergünstigungen (einfaches Formular) für weniger gut bemittelte Eltern wird das Ziel der grösstmöglichen Öffnung der Musikschule für alle Kinder besser erreicht. Gerne weist der Stadtrat darauf hin, dass schon heute für Kostenerlasse (für wenig begüterte Eltern) und Rabatte (mehrere Kinder pro Familie) bei den Musikschulbeiträgen pro Jahr rund CHF 40'000.- budgetiert wird. Allerdings müssen diese Vergünstigungsmöglichkeiten noch besser kommuniziert werden. Und das wollen wir zukünftig an den regelmässig stattfindenden Schnuppertagen auch ausführlich tun.

Noch vor wenigen Wochen hat sich die FGPK bei der Behandlung der Rechnung 2005 für eine höhere Selbstfinanzierung ausgesprochen – und jetzt möchte man bereits die Elternbeiträge für die Musikschule reduzieren! Wo ist da die Konsequenz? Die Mehrausgaben der Stadt bei einem Verteilschlüssel von 60 % Stadt und 40 % Eltern würden sich auf CHF 80'000.- belaufen, jährlich wiederkehrend. Diese städtischen Mehrausgaben kämen zu einem sehr geringen Teil als Kostenerleichterungen denjenigen Eltern zugute, für die sie eigentlich gedacht wären. Das ist wenig sinnvoll. Setzen wir die Mittel dort ein, wo sie effektiv die Wirkung erzielen, die wir von ihrem Einsatz erwarten.

§ 17

Der Stadtrat ist mit dieser Änderung einverstanden.

Nachdem Eintreten nicht bestritten ist, eröffnet der Vorsitzende die Eintretensdebatte.

Fr. Patricia Misteli, erklärt, dass die FDP-Fraktion die Revision des Reglementes begrüsst, da dadurch eine Vereinheitlichung und Vereinfachung erreicht wird. Die Fraktion wird dem stadträtlichen Antrag mit ein paar Änderungen zu § 1 und 17 zustimmen.

Beim Antrag der FGPK betreffend Kostenverteilungsschlüssel spürt man die linke Mehrheit in der Kommission. Die FDP-Fraktion spricht sich klar für den Verteilungsschlüssel 50/50 aus und einen grosszügigen Umgang mit Reduktionsgesuchen.

Hr. Hansrudolf Hauri hält fest, dass die SVP-Fraktion die Revision des Reglementes unterstützt, weil das Reglement nicht mehr den heutigen Gegebenheiten entspricht. Sie befürwortet aber auch den vom Stadtrat vorgeschlagenen Kostenverteiler von 50/50 und lehnt aus diesem Grund den Antrag der FGPK ab. Finanziell schlechter gestellte Eltern können ein Gesuch um Reduktion der Beiträge stellen. Man spricht immer von Einsparungen, und im Gegenzug möchte man das Budget der Stadt Zofingen mit einem jährlich wiederkehrenden Beitrag von CHF 80'000.– belasten.

Die SVP-Fraktion unterstützt einstimmig den stadträtlichen Antrag mit den Änderungen zu § 1 und 17 der FGPK, die restlichen Anträge der Kommission werden strikte abgelehnt.

Fr. Irma Jordi äussert, dass die Revision des Reglementes auch bei der Fraktion der Dynamischen Mitte unbestritten ist. Die Fraktion spricht sich auch mehrheitlich für den Kostenverteiler 50/50 aus, es geht nicht, dass finanziell gut gestellte Personen noch mehr profitieren. Musik sollte Freude bereiten, Kinder sollten sich dabei entfalten und entwickeln können.

Fr. Verena Liebi erklärt, dass die SP-Fraktion ein wenig enttäuscht war über die Vorlage. Verschiedene Neuerungen wie das Obligatorium der Musikgrundschule oder die Zusammenarbeit mit den REGOS-Gemeinden sind im Reglement noch nicht konsequent berücksichtigt. Die Fraktion hätte es begrüsst, wenn heute über eine einheitliche Tarifstruktur auf allen Stufen hätte beraten werden können. Ebenfalls hätte man sich über ein wenig Grosszügigkeit in Bezug auf die HPS-Kinder gefreut, welche die Musikgrundschule immer noch selber bezahlen müssen, da der Kanton diese Kosten nicht übernimmt. Man hofft, dass die Schulpflege bei der Ausarbeitung der Tarifordnung diese Anliegen berücksichtigt. Die SP unterstützt grundsätzlich den stadträtlichen Antrag, jedoch werden auch die Anträge der FGPK gutgeheissen, insbesondere die Reduktion der Elternbeiträge auf 40 %.

Nachdem die Eintretensdebatte abgeschlossen ist, eröffnet der Vorsitzende die Detailberatung über die Vorlage.

Beratung des Reglementes über die Musikschule

§ 1 Abs. 3, Antrag der FGPK

Die Aufgabe der Musikschule besteht darin, die Schülerinnen und Schüler zum Singen und Musizieren und damit zu einer sinnvollen Freizeitgestaltung zu führen. Der Unterricht soll das Verständnis für die kulturellen Werte der Musik fördern und die Freude an der Musik wecken.

Der Antrag wird mit 38 : 0 Stimmen angenommen.

§ 2 Antrag der SP-Fraktion

Schülerinnen und Schüler

Die musikalische Grundschule steht den Schülerinnen und Schülern der 1. und 2. Primarschulklasse mit Wohnsitz oder Schulort Zofingen offen. Der Musikunterricht kann von den Schülerinnen und Schülern, Jugendlichen sowie jungen Erwachsenen bis zum 20. Altersjahr besucht werden.

Erster Satz streichen, da die musikalische Grundschule in der Zwischenzeit vom Kanton angeboten wird.

Der Antrag wird mit 19 : 12 Stimmen abgelehnt.

§ 3 (neu)

Hr. Peter Wullschleger weist auf zwei redaktionelle Bereinigungen bei Abs. 2 hin.

§ 7 Abs. 1, Antrag der FGPK*Freiwilligkeit*

*1) Der Besuch der Musikschule ist freiwillig. Der Unterricht wird einzeln und in Gruppen erteilt. **Besonders begabte Schüler und Schülerinnen können auf Antrag gefördert werden (verlängerte Unterrichtszeit, Zweitinstrument).***

Der Antrag wird mit 22 : 16 Stimmen abgelehnt.

§ 7 Abs. 3, Antrag der FGPK**Solfège**

*3) **Der Instrumentalunterricht wird während zwei Semestern durch den Kurs „Theorie und Gehörbildung“ (Solfège) begleitet. Die Schulpflege regelt die Frage des Besuches von „Solfège“ für Instrumentalschüler und -schülerinnen mit Gruppenunterricht***

Hr. Peter Wullschleger möchte festhalten, dass die Aussage von Stadttammann Hans-Ruedi Hottiger, dass Solfège Teil des Unterrichtsplans an der Musikgrundschule ist, der FGPK mit dieser Deutlichkeit nicht bekannt war.

Fr. Irma Jordi spricht sich für die Streichung des § 7 Abs. 3, da er nicht mehr nötig ist.

Der Antrag der FGPK wird mit 25 : 6 Stimmen abgelehnt.

§ 8 (neu) Abs. 1 + 3, Anträge der SP*Anmeldung*

*1) Die Anmeldung hat bis zu dem von der Schulpflege festgesetzten Termin zu erfolgen. Sie gilt für **ein Jahr** und wird ohne Abmeldung stillschweigend um **ein Jahr** verlängert. Über Anmeldungen während des Schuljahres entscheidet die Leitung der Musikschule.*

Abmeldung

*3) Auf **Jahresende** kann der Austritt erklärt werden. Die von den Eltern unterzeichnete Erklärung ist bis zu den von der Schulpflege festgesetzten Terminen der Leitung der Musikschule zuzustellen.*

§ 12 (neu), Abs. 2, Anträge der SP*Rechnungsstellung*

*2) Die Elternbeiträge werden jeweils nach Semesterbeginn in Rechnung gestellt. Bei einem Austritt während des **Jahres** erfolgt keine Rückerstattung.*

Fr. Verena Liebi erläutert, dass die SP diesen Antrag aus organisatorischen Gründen stellt. Alle Stundenpläne der Schule sind auf ein Jahr ausgerichtet, darum ist es sinnvoll, wenn der Musikschulunterricht auch auf ein Jahr geplant werden kann. Zudem würde sich mit dieser Lösung der administrative Aufwand vereinfachen.

Hr. Andreas Fuchs, Schulpflegepräsident, bemerkt, dass es sich nur um eine kleine administrative Erleichterung handelt, da sich die Anmeldung ohne ausdrückliche Abmeldung sowieso um ein Semester verlängert. Bei den Gemeinden, welche einen Jahresrhythmus haben, muss das Anmeldeprozedere anders gestaltet werden. Ebenfalls spricht gegen einen Jahresrhythmus, dass ein Kind aus irgendwelchen Gründen nach einem Semester austreten kann und somit die Gebühr auch nur für ein Semester entrichtet werden muss. Beim Jahresrhythmus kann das Kind ebenfalls früher austreten, jedoch werden die Gebühren für ein ganzes Jahr geschuldet, dies ist doch nicht sehr kundenfreundlich. Man hatte bis jetzt mit einem Semester-rhythmus noch nie Probleme in Bezug auf die Besoldungen und Pensen der Lehrkräfte.

Hr. Hans-Martin Plüss erläutert, dass die Musikschulleiterin, welche an die SP-Fraktions-sitzung eingeladen wurde, die administrative Vereinfachung bei einem Jahresrhythmus sehr befürwortet. Es sollte bei einer Anmeldung auch von Vornherein genau überlegt werden, ob man diesen Unterricht wirklich besuchen möchte, und dann sollte es auch keine Austritte unter dem Jahr geben.

Abstimmung zu Antrag § 8 (neu) Abs. 1

Der Antrag wird mit 26 : 10 Stimmen abgelehnt.

Hr. Hans-Martin Plüss erklärt, dass aufgrund dieses Abstimmungsergebnisses die Anträge zu § 8 (neu) Abs. 3 und § 12 (neu) Abs. 2 zurückgezogen werden.

§ 12 (neu) Abs. 1, Antrag der FGPK

*1) Die Elternbeiträge gemäss § 3 Abs. 2 sind so festzulegen, dass die Einnahmen die gesamten Ausgaben für die Musikschule (Dienststelle 212) zu **40 %** decken. **Die Schulpflege erlässt dazu eine Tarifordnung.***

Fr. Irma Jordi bittet, dem stadträtlichen Antrag Folge zu leisten. Die Kostenteilung von 50/50 ist gerechtfertigt, da bereits der Chorunterricht und der Unterricht in diversen anderen Musikgruppen kostenlos sind. Die Mehrbelastung durch einen niedrigeren Elternbeitrag ist für die Stadt Zofingen zu hoch.

Hr. Peter Wullschleger, Referent der FGPK, möchte sich zur Aussage von Stadtammann Hans-Ruedi Hottiger, dass sich die FGPK für eine höhere Selbstfinanzierung aussprach und im Gegenzug die Stadt mit Mehrausgaben belasten möchte, äussern. Die Kommission sprach sich für eine höhere Selbstfinanzierung aus, jedoch besteht ein gewisser Handlungsspielraum zur Umsetzung. Aus diesem Grund sieht er keinen Widerspruch zum gestellten Antrag.

EventualabstimmungAntrag Stadtrat

1) Die Elternbeiträge gemäss § 3 Abs. 2 sind so festzulegen, dass die Einnahmen die gesamten Ausgaben für die Musikschule (Dienststelle 212) zur Hälfte decken.

Antrag FGPK

*1) Die Elternbeiträge gemäss § 3 Abs. 2 sind so festzulegen, dass die Einnahmen die gesamten Ausgaben für die Musikschule (Dienststelle 212) zu **40 %** decken. **Die Schulpflege erlässt dazu eine Tarifordnung.***

Der Antrag des Stadtrates obsiegt gegenüber dem Antrag der FGPK mit 25 : 13 Stimmen.

Schlussabstimmung

Der Antrag des Stadtrates wird mit 25 : 13 Stimmen angenommen.

§ 12 (neu) Abs. 3, Antrag der SP**Auswärtige Schülerinnen und Schüler**

*3) **Bei auswärtigen Schülerinnen und Schülern decken die Elternbeiträge zusammen mit den Beiträgen der Wohnsitzgemeinde die vollen Kosten.***

Fr. Verena Liebi erklärt, dass die Familien aus den REGOS-Gemeinden nicht diskriminiert werden dürfen.

Der Antrag wird mit 36 : 0 Stimmen angenommen.

§ 12 (neu) Abs. 4, Antrag der Dynamischen Mitte*Reduktionen auf Elternbeiträgen*

*4) **Der Elternbeitrag wird auf Gesuch der Eltern von der Schulpflege reduziert. Die Reduktion erfolgt degressiv und richtet sich nach dem steuerbaren Einkommen. Die Tarifordnung regelt die Einzelheiten.** Die Reduktion des Elternbeitrages auswärts wohnender Schülerinnen und Schüler ist nur möglich, wenn die Wohnsitzgemeinde die daraus entstehenden Kosten übernimmt.*

Fr. Irma Jordi fragt sich, wer bestimmt, welche Fälle „besondere Fälle“ sind. Gemäss heutiger Praxis beträgt die Reduktion der Elternbeiträge 50 %. Diese Reduktion erhält man bei einem steuerbaren Einkommen unter CHF 50'000.-. Die Grenzen sind sehr schematisch, aus diesem Grund ist eine degressive Reduktion gemäss dem steuerbaren Einkommen sinnvoll.

Hr. Andreas Fuchs, Schulpflegepräsident, erläutert, dass die Schulpflege dem Antrag der Dynamischen Mitte zustimmen kann. Die Schulpflege vollzieht bereits jetzt eine degressive Reduktion gemäss steuerbarem Einkommen.

Fr. Käthi Hagmann ist der Meinung, dass die Schulpflege auf Gesuch hin den Elternbeitrag reduzieren „soll“ und nicht „kann“.

Hr. Dieter Matter fragt sich, ob die Reduktion anhand des steuerbaren Einkommens immer richtig ist. Sind nicht auch andere Kriterien für die Beurteilung wichtig? Man sollte die Bedingungen nicht zu fest einschränken.

Der Antrag wird mit 29 : 8 Stimmen angenommen.

§ 12 (neu), Abs. 6, Antrag der Dynamischen Mitte Zweitinstrumentenrabatt

4) Für ein Zweitinstrument wird ein Rabatt gewährt. Er richtet sich nach der Regelung für den Geschwisterrabatt.

Fr. Irma Jordi erklärt, dass besonders begabte Schüler und Schülerinnen, die ein Zweitinstrument spielen möchten, von diesem Geschwisterrabatt profitieren können. Bis anhin hat man für beide Instrumente den vollen Betrag bezahlt.

Fr. Patricia Misteli möchte wissen, wer das Recht auf ein Zweitinstrument hat.

Hr. Andreas Fuchs, Schulpflegepräsident, antwortet, dass der Zweitinstrumentenunterricht ursprünglich für besonders begabte Schüler und Schülerinnen bestimmt war. Es ist jedoch so, dass heute nach gängiger Praxis jedes Kind ein Zweitinstrument spielen darf, wenn die Gebühren bezahlt werden.

Für Hr. Daniel Schmid ist es ein Unterschied, ob zwei Geschwister den Musikschulunterricht besuchen, oder ob ein Kind ein Zweitinstrument spielt. Er lehnt diesen Antrag ab.

Der Antrag wird mit 18 : 17 Stimmen angenommen.

§ 17 (neu), Antrag der FGPK

Der bestehende Kadettenmusikfonds wird entsprechend seiner heutigen Zweckbestimmung weitergeführt und verwendet, ~~jedoch nicht mehr geöffnet.~~ (streichen)

Hr. Peter Wullschleger, Referent FGPK, erwähnt, dass dieser Antrag in der Kommission nicht bestritten wurde, da der Zusatz nicht nötig ist.

Der Antrag wird mit 37 : 0 Stimmen angenommen.

Behandlung der Vorlage GK 50 Revision des Reglementes über die Musikschule

IV Elternbeiträge

Für Hr. Dieter Matter macht es keinen Sinn, dass die Elternbeiträge in der Unterstufe höher sind als in der Oberstufe. Vielleicht wäre dies in einer Tarifordnung zu berücksichtigen.

Rückkommen

Hr. Peter Wullschleger möchte wissen, ob der Zusatzantrag der FGPK unter § 12 (neu) Abs. 1: Die Schulpflege erlässt dazu eine Tarifordnung, angenommen oder abgelehnt wurde. Der Diskussionspunkt bei diesem § 12 (neu) Abs. 1 war der Kostenteiler, zum verlangten Zusatz hat sich niemand geäußert.

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadttammann, befürwortet diese Präzisierung mit dem Zusatz der Tarifordnung.

Für Hr. Hansruedi Schlatter sind folgende Formulierungen nicht ganz klar:

§ 2 Die musikalische Grundschule steht den Schülerinnen und Schülern der 1. und 2. Primar-schulklasse mit Wohnsitz oder Schulort Zofingen offen.

Dies ist nicht korrekt, die musikalische Grundschule ist neu obligatorisch.

§ 12 (neu) Abs. 5, wie sieht es mit den Kindern der REGOS-Gemeinden aus?

Hr. Rolf Moor empfiehlt dem Stadtrat bei künftigen Reglementsrevisionen, diese den Fraktio-nen zur Vernehmlassung zuzustellen. Somit könnten Unklarheiten sowie redaktionelle Bereini-gungen bereits im Vorgang geklärt und korrigiert werden.

Der Vorsitzende ist der Meinung, dass die offenen Punkte und Fragen bei der redaktionellen Bereinigung als Präzisierungen angebracht werden. Die FGPK wird diese prüfen und dem Ein-wohnerrat an der nächsten Sitzung nochmals vorlegen.

Es werden keine weiteren Wortmeldungen mehr gewünscht. Der Vorsitzende lässt über den stadträtlichen Antrag abstimmen:

Das revidierte Reglement über die Musikschule sei zu genehmigen.

Der Antrag wird mit 34 : 4 Stimmen angenommen.

Art. 19

GK 51

Projektgenehmigung und Kreditbewilligung für den Teilausbau der K 104 Luzernerstrasse mit Radstreifen

Hr. Michael Wacker, Referent FGPK, hält fest, dass dieses Projekt in der FGPK unbestritten war. Der Baubeginn wird zirka zwei Jahre nach Beschluss sein, und die Bauzeit beträgt sechs Mo-nate. Dieses Projekt beinhaltet Landerwerb grösstenteils im Gebiet Vreneliweg. Die Parkplätze beim Coiffeur Dietschi fallen weg. Bei der Kostenzusammenstellung wurden rund CHF 100'000.– Reserven eingestellt, dies ist eine Vorgabe des Kantons. Die FGPK empfiehlt diese Vorlage anzunehmen.

Gemäss Hr. Urs Schaufelberger, Vizeammann, beinhaltet dieses Projekt drei zentrale Punkte:

- Erhöhung der Verkehrssicherheit
- Optimierte Gesamtsituation
- Verbesserung des Ortsbildes

Die angesprochenen Reserven von rund CHF 100'000.– basieren zu CHF 50'000.– auf Vorga-ben des Kantons und die anderen CHF 50'000.– sind für einen allfälligen Ersatz der Fundations-schicht gerechnet.

Bei der Planung wurden verschiedene Varianten geprüft. Nun liegt ein Projekt vor, welches nur westseitige Veränderungen beinhaltet. Mit der Erneuerung des Oberflächenbelages kann auch zum Lärmschutz beigetragen werden. Zudem ist es das Ziel, den Strassenraum auch optisch ansprechend zu gestalten. Die Bäume in der Spitzahorn-Allee konnten sich unter den gegebenen Rahmenbedingungen nie richtig entwickeln. Daher ist vorgesehen, eine neue Hochstammallee zu pflanzen. Mit der Schaffung einer neuen Allee kann der Strassenraum in diesem Bereich auch aus Sicht des Ortsbildes deutlich aufgewertet werden.

Nachdem Eintreten nicht bestritten ist, eröffnet der Vorsitzende die Eintretensdebatte.

Hr. Thomas Bühler erläutert, dass die SVP dieser Vorlage einstimmig zustimmen wird. Jedoch wünscht sich die Fraktion, dass wirtschaftlich gearbeitet wird und die Reserven verifiziert werden für die Unterbauarbeiten.

Hr. Heinz Vöckl hält fest, dass die FDP-Fraktion diesem Projekt ebenfalls einstimmig zustimmt. Es ist ein logischer und sinnvoller Lückenschluss des kantonalen Radroutennetzes auf der Luzernerstrasse. Der Ausbau des Radstreifens wird eine wesentliche Verbesserung der Verkehrssicherheit bringen.

Fr. Isabel Maurer Kupferschmid bemerkt, dass auch die SP-Fraktion diese Vorlage unterstützt. Vielleicht nehmen nach dem Ausbau des Radstreifens noch mehr Personen das Fahrrad, um zum Bahnhof zu gelangen. Aus dem Legislaturprogramm des Stadtrates war ersichtlich, dass beim Bahnhof mehrere Fahrradabstellplätze geschaffen werden sollen.

Fr. Irma Jordi erklärt, dass auch bei der Dynamischen Mitte dieses Projekt unumstritten ist. Die Gemeinden Wikon und Reiden begrüßen dieses Vorhaben sehr.

Nachdem die Eintretensdebatte abgeschlossen ist, eröffnet der Vorsitzende die Detailberatung über die Vorlage.

III Kosten

Hr. Rolf Moor ist der Meinung, dass der Posten Unvorhergesehenes ausgewiesen werden sollte. Alles andere ist nicht ganz richtig und wurde in dieser Vorlage auch bemängelt. Schade ist auch, dass die Aussagen von Vizeammann Urs Schaufelberger in Bezug auf die Reserven nicht bereits an der FGPK-Sitzung erfolgten.

Hr. Heinz Vöckl erwähnt, dass er beim Kanton arbeitet und selber solche Kostenvoranschläge zusammenstellt. Er erläutert das Vorgehen bei solchen Kostenvoranschlägen. Der Richtwert für Unvorhergesehenes/Reserven beträgt 10 % pro Kapitel. Ebenfalls besteht ein Risikozuschlag, welcher von der Geschäftsleitung bewilligt werden muss.

Hr. Urs Schaufelberger, Vizeammann, erklärt, dass man die Terminologien aus dem Kostenvoranschlag des Kantons genommen hat. In dieser Kostenzusammenstellung werden die Unterbauarbeiten unter Kreditreserven aufgeführt.

Es werden keine weiteren Wortmeldungen mehr gewünscht. Der Vorsitzende lässt über den stadträtlichen Antrag abstimmen:

Für den Teilausbau der K 104 Luzernerstrasse, Abschnitt Färbereiweg bis Knoten Riedtal, sei ein Nettokredit von CHF 678'000.–, zuzüglich allfälliger Bauteuerung, zu bewilligen.

Der Antrag wird mit 38 : 0 Stimmen angenommen.

Art. 20

GK 13 (179)

Motion Philipp Hangartner (SVP) vom 8. September 2005 betr. Parkieren in Zofingen (Begründung und Beantwortung)

Hr. Philipp Hangartner erklärt, dass mit der Motion drei Zielsetzungen angestrebt werden:

- weniger Verkehr in der Altstadt
- Steigerung der Attraktivität der Stadt Zofingen
- weniger Kosten bei mehr Ertrag

Der Stadtrat wurde mit dieser Motion eingeladen, dem Einwohnerrat Varianten oder Möglichkeiten vorzulegen, um diese Zielsetzungen zu erreichen.

Der Motionär war erstaunt, wie lange der Stadtrat für die Beantwortung dieses Vorstosses hatte. In einem Zeitungsartikel wurden die von ihm vorgeschlagenen Lösungsansätze analysiert. Dies war aber nicht in seinem Sinn. Sein Ziel war es, dass der Stadtrat selber solche Lösungsansätze ausarbeitet. Seiner Meinung nach hat der Stadtrat die geforderten Aufgaben nicht gemacht.

Er wandelt aber trotzdem die Motion in ein Postulat um.

Hr. Herbert H. Scholl, Stadtrat, erklärt, dass der Stadtrat die Anliegen des Motionärs sehr ernst nahm. Aus diesem Grund wurde die Angelegenheit auch publiziert, so dass sich der Motionär und alle Einwohnerräte mit dieser Materie auseinandersetzen konnten. Drei Gründe sprachen für eine Nichtüberweisung der Motion, wie auch des Postulates:

- Die Kosten von CHF 400'000.– sind zu hoch.
- Berücksichtigung der denkmalpflegerischen Aspekte.
- Unbehagen gegenüber optischer Überwachung des öffentlichen Raumes, welche rechtlich zulässig ist, aber nicht auf allgemeine Zustimmung stösst.

Der Stadtrat ist zum Entschluss gekommen, dass es sich bei dieser Motion um einen Wunschbedarf und nicht um einen Zwangsbedarf handelt.

Im Legislaturprogramm des Stadtrates ist festgehalten, dass die Notwendigkeit eines zweiten Parkhauses beurteilt werden muss. Es muss abgeklärt werden, was ein zweites Parkhaus für Auswirkungen auf die Oberflächen-Parkplätze hat. Allfällige Bewirtschaftungsmassnahmen können zu diesem Zeitpunkt behandelt und diskutiert werden. Aus diesen Gründen bittet der Stadtrat um eine Nichtüberweisung dieser Motion bzw. dieses Postulates.

Hr. Hans-Martin Plüss erläutert, dass die SP-Fraktion dieses Postulat unterstützt, da es sich um eine wichtige Angelegenheit handelt.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen gewünscht werden, lässt der Vorsitzende über die Überweisung des Postulates abstimmen:

Der Überweisung des Postulates wird mit 32 : 4 Stimmen zugestimmt.

Art. 21

GK 17 (193)

Motion Yolanda Senn Ammann (SP) und Hansruedi Schlatter (DYM) sowie Mitunterzeichner/innen vom 10. Oktober 2005 betr. Tempo 30 in den Zofinger Wohnquartieren (Begründung und Beantwortung)

Hr. Hansruedi Schlatter hält fest, dass bis jetzt in Zofingen in Bezug auf Tempo 30 nichts gemacht wurde. Er verweist auf die Stadt Olten und erläutert die Vorteile anhand eines Flyers von Olten:

- Standortvorteil
- Mehr Verkehrssicherheit
- Weniger Lärm
- Mehr Lebensraum

Der Vergleich mit der Gemeinde Zollikon ZH, welche Tempo 30 flächendeckend eingeführt hat, ergibt, dass sich die Kosten für die Einführung auf weniger als CHF 400'000.– belaufen haben. Das Unfallgeschehen ging in dieser Gemeinde um 25 % zurück.

Aufgrund der gemachten Untersuchungen spricht gar nichts gegen eine flächendeckende Einführung von Tempo 30 in den Wohnquartieren. Aus diesem Grund bittet er um Überweisung dieser Motion.

Hr. Urs Schaufelberger, Vizeammann, erklärt, dass der Stadtrat in vieler Hinsicht der gleichen Auffassung wie der Motionär/die Motionärin ist. Die Zielsetzungen des Stadtrates in Bezug auf die Einführung von Tempo 30 in Wohnquartieren wurden auch im Legislaturprogramm 2006/2009 definiert. In einem Gespräch mit den Erstunterzeichnern wurde die Haltung des Stadtrates detailliert dargelegt.

Der Stadtrat möchte bei der Einführung von Tempo-30-Zonen in Wohnquartieren einen etwas pragmatischeren Weg einschlagen und nicht einfach eine flächendeckende Einführung auf dem ganzen Gemeindegebiet vorschreiben. Für den Stadtrat ist der Wille eines Quartiers für die Realisation der entsprechenden Massnahmen ein ausserordentlich wichtiger Faktor.

Der Stadtrat ist bereit, die Finanzierung einer „Standardversion“ von Tempo-30-Zonen – ohne Kostenüberwälzung auf die Grundeigentümerinnen und -eigentümer – über den ordentlichen Voranschlag sicherzustellen und die Massnahmen etappiert umzusetzen. Er beabsichtigt, bereits für das Budget 2007 eine erste Tranche in den Voranschlag aufzunehmen.

Der Stadtrat sieht vor, im Sommer/Herbst eine öffentliche Informationsveranstaltung zum Thema „Tempo-30-Zonen in Zofingen“ durchzuführen. Dabei soll auch klar aufgezeigt werden, wie ein Quartier vorgehen muss, wenn es eine Tempo-30-Zone wünscht. Gestützt auf die Ergebnisse eines externen Gutachtens, welches die Eignung der verschiedenen Quartiere untersucht und beurteilt hat, könnte die etappierte Umsetzung der ersten Tempo-30-Zonen bereits ab 2007 erfolgen.

Bei der Überweisung dieser Motion müsste man dem Einwohnerrat eine Gesamtvorlage mit Kosten um rund CHF 500'000.– vorlegen.

Der Stadtrat wäre bei einer Umwandlung der Motion in ein Postulat bereit, dieses entgegenzunehmen.

Fr. Patricia Misteli erklärt, dass die Ziele Sicherheit und nachhaltige Wohnstandortqualität der FDP sehr wichtig sind. Die FDP-Fraktion wäre bei einer Umwandlung der Motion in ein Postulat bereit, dieses zu überweisen.

Hr. Philipp Hangartner erinnert daran, dass vor zwei Jahren in zwei Quartierstrassen eine Umfrage durchgeführt wurde. 97 % der Anwohner sprachen sich für eine Einführung von Verkehrsberuhigungen aus. Leider ist bis heute nichts passiert.

Hr. Michael Wacker erklärt, dass die SP einstimmig die Umwandlung der Motion in ein Postulat befürwortet. Dennoch bevorzugt die SP die Motion, da mit dieser der Stadtrat zum Handeln gezwungen werden kann.

Hr. Hansruedi Hauri hält fest, dass sich die SVP der Meinung des Stadtrates anschliesst. Sie stört sich ebenfalls an der flächendeckenden Einführung und befürwortet somit die Umwandlung in ein Postulat.

Hr. Dieter Matter schliesst sich der Meinung von Hansruedi Hauri an. Die FDP unterstützt ebenfalls ein Postulat.

Hr. Hansruedi Schlatter erklärt, dass nach Absprache mit der Mitunterzeichnerin Jolanda Senn Ammann die Motion in ein Postulat umgewandelt wird.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen gewünscht werden, lässt der Vorsitzende über die Überweisung des Postulates abstimmen:

Der Überweisung des Postulates wird mit 35 : 3 Stimmen zugestimmt.

Art. 22**GK 18 (194)****Motion der Dynamischen Mitte vom 15. November 2005 betr. Änderung der Gemeindeordnung [Wahlmodus Stadtratswahlen] (Begründung und Beantwortung)**

Hr. Robert Weishaupt erklärt, dass der Kanton trotz den unterschiedlichen Interpretationen für die Ermittlung des absoluten Mehrs am Wahlmodus Stadtratswahlen (Stadtrats- und Stadtammann-/Vizeammann-Wahl am selben Tag) festhält, jedoch in Zukunft in Bezug auf die Berechnung des absoluten Mehrs besser orientieren und informieren wird.

Er ist jedoch der Meinung, dass es für den/die Stimmbürger/in transparenter und einfacher ist, an zwei verschiedenen Tagen zu wählen, wie es bereits früher in Zofingen der Fall war und sich auch bewährt hat. Die Stimmbürger/innen sollen in Zukunft wieder sicher sein, dass korrekt gewählt und gezählt wird. Der Stadtrat hat signalisiert, diese Motion zu überweisen.

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, hält fest, dass sich der Stadtrat ebenfalls für zwei Wahlgänge ausspricht. Dies würde für die Stadtammann-/Vizeammann-Wahl eine klarere Ausgangslage schaffen und die Unsicherheiten in Bezug auf die Ermittlung des absoluten Mehrs beseitigen.

Je nach Belastung der Traktandenlisten des Einwohnerrates könnte eine solche Vorlage bereits in der zweiten Jahreshälfte 2006 unterbreitet werden. Sofern sich nicht noch weitere Änderungen der Gemeindeordnung aufdrängen oder abzeichnen, könnte die Urnenabstimmung dann an einem ordentlichen Abstimmungswochenende Ende November oder dann im Frühjahr 2007 (März oder Juni) erfolgen. Somit könnte bei positivem Ausgang der Urnenabstimmung die neue Bestimmung problemlos vor den nächsten Gesamterneuerungswahlen im Jahre 2009 in Kraft gesetzt werden. Der Stadtrat ist aus den genannten Gründen gerne bereit, die Motion zu übernehmen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen gewünscht werden, lässt die Vorsitzende über die Überweisung der Motion abstimmen:

Der Überweisung der Motion wird mit 34 : 0 Stimmen zugestimmt.

Art. 23**GK 19 (195)****Interpellation von Jolanda Henzmann/Rolf Moor (FDP) vom 18. November 2005 betr. Sport muss in Zofingen Zukunft haben (Begründung und Beantwortung)**

Fr. Jolanda Henzmann stellt fest, dass sich letztes Jahr mit der erweiterten Nutzung der Mehrzweckhalle wegen des neuen Hallenbodens, ein grosses Interesse von Sportvereinen an Trainingsmöglichkeiten ergeben hat. Es wurde eine neue Herausforderung an die Organisation der Halle und deren Belegungsplan gestellt. Das Ergebnis war nicht für alle Vereine und Clubs befriedigend. Die FDP setzt sich für folgende Zielsetzungen für die Mehrzweckhalle und die BZZ-Dreifachturnhalle ein:

- dass sie gut ausgelastet ist und die Synergien genutzt werden,
- dass die Infrastruktur professionell und effizient koordiniert ist,
- dass alle zukunftsgerichteten Sportvereine eine Chance zum Trainieren haben.

Wir unterstützen initiative Jugendliche und Vereine mit positivem Engagement für Jugendliche in Zofingen.

Aus diesen Gründen richten wir fünf konkrete Fragen an den Stadtrat.

- 1. Haben wir in Zofingen genügend Hallenkapazitäten, so dass allen aktiven Zofinger Vereinen ideale Trainingsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden können? Wenn nein, liegt es an einer professionellen vernetzten Koordination der zuständigen Stellen?**
- 2. Warum tut sich der Stadtrat so schwer, die Verantwortung für die Koordination der Infrastruktur vom Stadtbaumt zum BZZ zu verlagern? Ist der Grund bei den Verantwortlichen oder bei den verschiedenen Bedingungen, seitens Stadtbaumt und BZZ zu suchen? Wenn ja, konkret welche?**

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, erklärt, dass der Stadtrat die sportlichen Bewegungsmöglichkeiten als sehr wichtig für die Jugend aber auch für andere Altersklassen z.B. Senioren/innen erachtet. Diese Bewegungsbedürfnisse werden in Zukunft noch mehr zunehmen.

Der Stadtrat ist jedoch der Meinung, dass in Zofingen kein massives Hallenproblem besteht. Die Vereine haben vielleicht nicht immer ideale, aber sicher akzeptable Trainingsmöglichkeiten.

Hallenkapazitäten für die „normalen“ Bedürfnisse sind genügend vorhanden. Bevor er nun auf das in Zofingen Machbare eingeht, wirft er einen kurzen Blick zurück in die Zeit, als er selber als Schüler aktiven Sport zu treiben begann. Dieser Rückblick soll aufzeigen, was sich seit den 60-er-Jahren des letzten Jahrhunderts bis heute im Bereich des Schul- und des Vereins-sports gewandelt hat:

- Damals standen für Jugendliche in Zofingen rund 10 Sportarten zur Auswahl, heute sind es über 50.
- Damals begannen Jugendliche ihre sportlichen Aktivitäten mit 11 oder 12 Jahren, heute starten sie im Schnitt mit 4.
- Damals wurde auf den Quartierstrassen noch intensiv Sport getrieben – vom Fussball über Völker- und Linienball bis zum Eishockey im Winter. Heute ist der Strassensport verschwunden, die sportliche Betätigung findet fast ausschliesslich auf oder in den speziell für den Sport erstellten Infrastrukturanlagen statt.
- Damals trieben etwa 20% der Jugendlichen Sport, heute sind es 50%, wobei sich bei den Mädchen gar eine Verdoppelung ergeben hat.

Die Stadt Zofingen hat schon viele sportliche Booms erlebt (Handball, Volleyball, Basketball usw.) Zurzeit ist es der Unihockey-Boom. Dies sind verschiedene Bedürfnisse, entsprechend nehmen die Mitgliederzahlen dieser Vereine zu oder ab und dementsprechend wurden Hallen- und Infrastrukturkapazitäten zur Verfügung gestellt. Man muss jedoch die Schwankungen dieser Sport-Trends sehen und dementsprechend sollte eine Sportanlage möglichst polysportiv sein. Es ist auch wichtig, dass die Belegungen dieser Sportanlagen stetig überprüft werden.

Die Sportkommission hat festgestellt, dass Defizite bei der Koordination der einzelnen Vereinsbedürfnisse bestehen. In der Stadt Zofingen besteht keine eigentliche Sportstelle, entsprechend machen sich schleppende Abläufe beim Bewilligungsverfahren bemerkbar. An dieser Stelle müssen die Abläufe und Prozesse verbessert werden.

Bis jetzt wurden die Koordinations-Aufgaben sowie die Vergabe der Sportinfrastruktur (Hallen, Plätze, usw.) an die Vereine durch die ehrenamtlichen Mitglieder der Sportkommission, unterstützt von den besoldeten Hallenchefs, vorgenommen. Entsprechend ergaben sich durch die Ehrenamtlichkeit längere Wege und zum Teil schleppende Abläufe und Prozesse. Ganz offensichtlich besteht hier Optimierungspotenzial.

Zur Verbesserung der Situation reicht es aber nicht, die Koordination zur Benützung der Sport-Infrastruktur – wie es die Interpellantinnen und Interpellanten vorschlagen – vom Stadtbaumt zum BZZ zu verlagern. Denn neben der Mehrzweckhalle und den BZZ-Hallen werden auch das Stadion Trinerplatten, die Turnhallen der Bezirksschule, beim Stadtsaal und die Rosengartenhalle sowie diverse weitere Sportanlagen von Vereinen und Gruppierungen benützt. Erforderlich ist für diese aufwendige Koordinationsaufgabe mehr Professionalität, eben eine entsprechende Verwaltungsstelle.

Als Ressortvorsteher hat er bis jetzt darauf verzichtet, eine solche Stelle – wir sprechend dabei von einem 10 – 20%-Pensum – zu beantragen. Dies vor allem aus Konsequenzgründen. Man kann nicht immer von einer schlanken Verwaltung reden und dann selber eine Stellenaufstockung beantragen. Mittlerweile hat sich die Situation aber noch verschärft: Das Bedürfnis nach Trainingsgelegenheiten hat durch die Gründung weiterer Vereine und das Boomen diverser Sportarten weiter zugenommen. Entsprechend gilt es auch, diese neuen, aber auch die bestehenden Bedürfnisse auf ihre Rechtfertigung zu überprüfen und die Zofinger Sport-Infrastruktur effizient und gerecht den Sport treibenden Vereinen und Gruppierungen zur Verfügung zu stellen.

Dazu bietet sich unserer Stadt jetzt eine einmalige Chance: Zofingen hat sich als Pilotgemeinde für das Projekt „Lokales Bewegungs- und Sportnetz“ beworben und ist von den entsprechenden Stellen berücksichtigt worden. Das Projekt „Lokales Bewegungs- und Sportnetz“ wird vom Bundesamt für Sport (BASPO) sowie vom Kantonalen Departement Bildung, Kultur und Sport (BKS) unterstützt und sieht die Einrichtung eines „Sport-Coaches“, d.h. einer verwaltungs-internen Fach- und Koordinationsstelle in den Gemeinden für alle Belange des Sports vor. Vorgesehen ist dabei eine Stelle von ca. 15 %, welche vom BASPO und BKS während 2 Jahren mit CHF 12'000.– mitfinanziert wird. Bedingung für diese Unterstützung ist, dass die Gemeinde den gleichen Beitrag investiert und eine solche Koordinationsstelle innerhalb der Verwaltung einrichtet.

3. Gibt es eine Möglichkeit, dass dem Unihockey Club Zofingen (um eine Zukunft zu haben) ab April eine Halle im Format Grossfeld zur Verfügung steht, wo ideal trainiert werden kann?

4. Darf der Unihockey Club mit einer fristgerechten Antwort auf das Gesuch 2006 rechnen, damit sie sich organisieren und die gesetzte Deadline einhalten können?

Der Unihockey Club Zofingen hat mit Schreiben vom April die Bestätigung für zwei wöchentliche Trainingsmöglichkeiten (jeweils Mo und Mi) im Sommersemester in der Mehrzweckhalle erhalten.

Zusätzlich hat der UHC Zofingen bereits eine Bestätigung für eine wöchentliche Trainingsgelegenheit während des Wintersemesters 06/07 bekommen. Damit dürften den Grossfeld-Ambitionen des UHC keine infrastrukturellen Hindernisse mehr im Wege stehen.

5. Brauchen wir in Zofingen für die Zukunft eine neue Sporthalle, damit die heutigen sportlichen Bedürfnisse erfüllt werden können?

Nach Ansicht des Stadtrates braucht Zofingen zurzeit keine zusätzliche Sporthalle. Jedoch braucht sie einen Sport-Coach, welcher die Bewilligungen und Belegungen professionell koordiniert und verwaltet.

Die Interpellanten/innen sind mit dieser Antwort befriedigt.

Art. 24

Umfrage

Fr. Irma Jordi erklärt, dass die Engulgasse, in welcher sie wohnt, im Sommer vom Restaurant Jägerstübli mit Palmen und Lichterketten dekoriert wird. Es sieht aus wie an der Fasnacht. Wann hat der Stadtrat im Sinn, in dieser Angelegenheit etwas zu unternehmen?

Hr. Hans-Ruedi Gilgen, Stadtrat, erklärt, dass mit der Umgestaltung der Vorderen Hauptgasse die Gassen benutzer- und besucherfreundlicher gestaltet werden. Nach Meinung des Stadtrates ist es jetzt auch der richtige Zeitpunkt, um den Gewerbetreibenden (Laden- und Restaurantbesitzer) Richtlinien zur Nutzung und Gestaltung des Aussenraumes vorzugeben. Die Richtlinien werden die Grundlage für die Konzessionserneuerung ab 2007 sein.

Schluss der Sitzung: 21.00 Uhr

Für getreues Protokoll:

DER RATSPRÄSIDENT

Bruno Hostettler

DER PROTOKOLLFÜHRER

Thomas Gloor